

Von **Alexandra Bloch Pfister**



Alexandra Bloch Pfister ist Historikerin, war mehrere Jahre als Gymnasiallehrerin tätig und arbeitet heute als freie Historikerin und Journalistin

Ganztagsschulen als Antwort auf PISA in Deutschland

Deutschland schnitt in den PISA-Studien nicht glänzend ab, sondern rangierte im hinteren Mittelfeld. Unter den Industrieländern wies das Land der Dichter und Denker gar das grösste Ungleichgewicht punkto schulischer Leistung auf, und zwar sowohl bei Vergleichen zwischen den einzelnen Schulformen als auch bei solchen innerhalb der gleichen Schulform. Bund und Länder reagierten auf die konstatierten Mängel mit zahlreichen Projekten, so dem Ausbau von Krippenplätzen oder der gezielten sprachlichen Förderung von Kindergartenkindern. Die teuerste und umfassendste Massnahme des Bundes ist sicherlich der Plan des Ausbaus von Ganztagschulen. Jede dritte Schule in Deutschland soll in eine Ganztagschule umgewandelt werden. Dafür stellt der Bund den Ländern bis 2008 vier Milliarden Euro zur Verfügung. Durch eine zeitlich längere Einbindung in Schul- und Bildungsstrukturen sollen die Schüler früher individuell gefördert werden und die soziale Herkunft nicht mehr länger eine wesentliche Voraussetzung für Bildungserfolg darstellen. Die Ausweitung der täglichen Schulbesuchsdauer soll zur Qualitätssteigerung der Bildung, zur Stärkung der Bedeutung von Schule und Bildung innerhalb der Gesellschaft sowie zur Senkung von Gewalt durch eine demokratische Schulkultur und Nachmittagsbetreuung beitragen. Für eine abschliessende Beurteilung der Wirkung dieses 2003 lancierten Investitionsprogramms «Zukunft Bildung und Betreuung» ist es sicherlich noch zu früh. Allerdings ist bereits der Titel des Programms aussagekräftig. Obwohl eine Sprecherin des Presseamtes des Bundesbildungsministeriums auf Anfrage bekräftigt, dass es sich um eine bildungspolitische, und nicht um eine familienpolitische Massnahme handelt, steht bei der gegenwärtigen Schaffung moderner Infrastrukturen im Bereich der Ganztagschulen der Betreuungsaspekt klar im Vordergrund. Dies wird besonders deutlich beim Blick auf die Situation der Schulen in Nordrhein-Westfalen (NRW), dem grössten Bundesland, wohin knapp ein Viertel der gesamten Bundesgelder flossen.

Die Offene Ganztagschule – eine Schule ohne Lehrer

Bildung, dies wurde von der Föderalismusreform kürzlich wieder bestätigt, fällt in den Zuständigkeitsbereich der Länder. Das Interesse der Länder an den zweckgebundenen Bundesgeldern, zu denen sie einen Eigenbeitrag zu leisten haben, war aber klar da. In die Kompetenz der Länder fiel die Entwicklung des pädagogischen Konzepts für die Gestaltung der Ganztagschulen. In NRW wurde 2003 entschieden, Ganztagschulen vorrangig an Grundschulen zu errichten, ab 2005 kam dann als zweiter und

kleinerer Schwerpunkt der Ausbau der Hauptschulen dazu. Diese Reihenfolge wird vom Ministerium für Schule und Jugend damit begründet, dass der Bedarf in den Grundschulen am grössten sei und der Förderung in diesem Bereich bildungspolitisch Vorrang zukomme. In einem nächsten Schritt soll der Ausbau in die Sekundarstufe I getragen werden. Im Vergleich der Länder nimmt damit NRW eine Sonderposition ein: Zumeist wird, wie in Baden-Württemberg und Bayern, die im innerdeutschen PISA-Ranking Spitzenplätze belegten, der Ausbauswerpunkt auf Haupt-, Gesamt- oder Realschulen gelegt, oder alle Schulstufen in die Förderung einbezogen.

In NRW wird vorwiegend, wie im gesamten Deutschland, das Konzept der offenen Ganztagschule angewandt. Im Gegensatz zur gebundenen Ganztagschule, wo der Unterricht über den ganzen Tag verteilt bis 16 Uhr abgehalten wird und die klassische Einteilung in 45-Minuten-Einheiten aufgelöst werden kann, basiert die offene (freiwillige) Ganztagschule auf der Unterrichtsstruktur der (obligatorischen) Halbtagschule und bietet ein Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung sowie ein Nachmittagsprogramm an, das in Kooperation mit ausserschulischen Organisationen gestaltet wird. Dieses Nachmittagsprogramm hat aber bis anhin auf fachlichen Unterricht zu verzichten, da eine inhaltliche Förderung allen Kindern zuteil werden muss. An diesem Punkt setzt die Kritik von Lehrer- und Elternverbänden ein, die von Anfang an gegenüber dem Vorhaben laut wurde. Beide Verbände betrachten Ganztagschulen nicht als die geeignete Antwort auf die schlechten PISA-Ergebnisse. Kritisiert wird die geringe Personalausstattung am Nachmittag mit derzeit wöchentlich knapp drei Lehrerstunden pro 25 Kinder. Auch die Finanzierungsstruktur, die zum Grossteil von einkommensabhängig gestaffelten Elternbeiträgen abhängt, trage nicht dazu bei, dass in sozial schwächeren Gebieten eine qualitativ gute Betreuung gewährleistet sei, weil gerade dort die Finanzierung schwach sei. Von Lehrerseite her wird geltend gemacht, dass die offene Ganztagschule in der Regel eine Schule ohne Lehrer sei, die den nachgewiesenen Förderbedarf der Schüler und Schülerinnen nicht zu befriedigen vermöge. Not tue qualifiziertes pädagogisches Personal am Nachmittag; der Schultag müsse völlig neu strukturiert werden. Wo Ganztagschule draufstehe, müsse auch Ganztagschule drin sein. NRW, so schliesslich ein schlagendes Argument des Elternvereins NRW, weise im Vergleich mit anderen Bundesländern schon seit längerem am meisten Ganztagschulen auf, habe damit aber im innerdeutschen Pisa-Vergleich keineswegs Punkte geholt.

Eine neue Lern- und Lehrkultur

Diese Argumente hielten die Bildungspolitiker und die Bildungsverwaltung in NRW aber keineswegs davon ab, die vom Bund vorgegebene Marschrichtung einzuhalten. Die Offene Ganztagschule (OGS), so ist im entsprechenden Erlass des Schulministeriums zu lesen, solle durch die Zusammenarbeit mit Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren ausserschulischen Trägern (die die Nachmittagsprojekte mitgestalten) ein neues Schulverständnis entwickeln und für eine neue Lernkultur zur besseren Förderung der Schülerinnen und Schüler sorgen. Diese sicherlich ideale, aber auch einigermaßen schwammige Zielvorgabe wird in der kürzlich veröffentlichten, wissenschaftlichen Begleitstudie zur Einführung der OGS in folgenden Begriffen umschrieben: An erster Stelle erscheint als Ziel die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dann die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, und erst an dritter Stelle die Verbesserung der Schulqualität. Steigerung der gesellschaftlichen Chancengleichheit sowie Sicherung der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit runden die Zielsetzung ab, die damit im Grunde Familienpolitik vor Bildungspolitik stellt. Sicherlich verfügen beide Bereiche über eine grosse Schnittmenge; reine Betreuung ist aber doch etwas anderes als kognitive Förderung.

Als Zwischenfazit, so ein Sprecher des Instituts für soziale Arbeit in Münster, das als eines von vier wissenschaftlichen Instituten die Entwicklung der OGS in NRW begleitend untersucht, ist festzuhalten, dass die quantitative Entwicklung bisher sehr zufriedenstellend ausgefallen sei, was sicherlich auch mit der substanziellen Finanzspritze des Bundes zusammenhänge. Im laufenden Schuljahr, dem fünften Jahr der Umsetzung, sind rund 2900 von insgesamt rund 3400 Schulen (80%) in NRW Offene Ganztagschulen und bieten etwa 165 000 Plätze für 21% aller Grundschul Kinder an. Jetzt müsse an der qualitativen Entwicklung gearbeitet werden.

Statistische Untersuchungen auch für das gesamte Bundesgebiet belegen, dass bildungspolitische Intentionen wie die Verbesserung der Integrationsbedingungen von Migrantenkindern mit der Einführung der OGS kurzfristig bis jetzt nicht erreicht wurden, sondern längerfristiger und vielschichtiger Bemühungen bedürfen. In NRW sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt Kinder von Eltern mit einem höheren sozialökonomischen Status überproportional in der OGS vertreten; die OGS wird hier deutlich als qualitativ gute Betreuungsmöglichkeit verstanden und genutzt. Zu einer möglichen Verbesserung schulischer Leistungen durch die OGS lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen. Immerhin wurden seit Beginn des Jahres 2006 die in der OGS abzuleistenden Lehrstunden als gesetzlich verbindlich erklärt; vermutlich wird die Entwicklung dahingehen, diese Stunden in der Hausaufgabenbetreuung einzusetzen, die bereits jetzt mehr als die Hälfte der nachmittäglichen Zeit ausmacht. Hausaufgaben kommen hier in Deutschland eine, im in-

ternationalen Vergleich vermutlich sehr grosse Bedeutung zu. Ein Erstklässler sollte eine halbe Stunde pro Tag zu Hause arbeiten, ein Drittklässler eine ganze Stunde, eine Fünftklässlerin eineinhalb und ab der siebten Klasse sind zwei Stunden täglich gesetzlich vorgesehen. Diese Voraussetzung erklärt, warum der schulische Erfolg in Deutschland derart abhängig ist vom sozioökonomischen Status der Eltern. Die Einführung von Ganztagschulen ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sollten schulische Inhalte auch am Nachmittag angeboten werden und die Hausaufgaben von qualifiziertem pädagogischem Personal in Kleingruppen – und nicht wie zumeist üblich, im Klassenverband von bis zu zwanzig Kindern – betreut werden. Ebenso sollten zwischen dem Vor- und dem Nachmittagsbereich eine stärkere Kooperation und der Aufbau von Arbeitsbeziehungen gesucht werden, so dass länger und individueller gefördert werden kann.

Gegenwärtig wichtigste schulische Innovation

Hatte in der ersten Phase der Einführung und des Ausbaus von OGS eine Art Aufbruchstimmung geherrscht – Umbauten mussten geplant und getätigt, die Schulen um Wohn- und Betreuungsräumlichkeiten erweitert sowie Personal rekrutiert werden, der Tagesablauf erforderte eine grundsätzliche Strukturierung – so befinden sich die Schulen nun in einer Konsolidierungsphase. Die jüngste Studie aus NRW zeigt, dass eine grosse Mehrheit der Lehrkräfte die OGS unterstützt, sie sogar als die gegenwärtig wichtigste Innovation zur Weiterentwicklung der Grundschule ansieht, wichtiger noch als die neuen Lehrpläne. Die erwähnte, gegenwärtig noch geringe Verflechtung von Vor- und Nachmittagsbereichen scheint interessanterweise hauptsächlich die pädagogischen Mitarbeiterinnen (zumeist Erzieherinnen, also Kindergärtnerinnen) zu stören. Stärker als die Lehrkräfte plädieren sie dafür, dass sich Lehrer und Lehrerinnen im Nachmittag einbringen. Die Wirkungen des offenen Ganztags auf die Kinder machen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach den Wahrnehmungen der Erzieherinnen wie auch der Lehrkräfte vor allem in sozialen Aspekten (Freundschaften, Gruppenverhalten) bemerkbar, ebenso in einer wachsenden Selbstständigkeit und (nur partiell) in einem besseren Lernverhalten. Als wirkungsrelevante Merkmale, die die Qualität einer OGS bestimmen, bestimmte die Studie eine konzeptionelle Orientierung und deutliche Schwerpunktsetzung und betonte die Bedeutung, die der Schulleitung bei der Umsetzung der Ziele und als Koordinationsstelle zukommt.

Die Ganztagsoffensive von Bund und Ländern kann bezüglich des Betreuungsaspekts sicherlich als eine gute familienpolitische Entscheidung bezeichnet werden; ob die damit angestrebte neue Lernkultur und Verbesserung des schulischen Klimas auch tatsächlich eine Verbesserung der schulischen Leistungen bringt, wird sich erst noch weisen müssen.